

Leiharbeitsgesetz: Lohndumping und Tarifflicht werden dramatisch zunehmen

Wie kann man die Antireformen von Merkel stoppen?

Kanzlerin Merkel hat ihrem „Herbst der Entscheidung“ einen klaren Stempel aufgedrückt: ihre schwarz-gelbe Regierung braucht und will die Entscheidung für die Demontage aller sozialen Sicherungssysteme, die Deregulierung des Arbeitsmarktes bis zu Ende, um dem Diktat von EU und IWF zu entsprechen, und die Kosten der Krise, d.h. der Milliardenrettungspakete für Banken und Konzerne, auf die Bevölkerungsmehrheit abzuwälzen.

Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) hat jetzt einen Gesetzentwurf gegen den „Missbrauch (!) der Leiharbeit“ vorgelegt, der es Betrieben ermöglichen soll, auch künftig Mitarbeiter zu entlassen und sie „in zeitlichem Zusammenhang“ wieder als Leiharbeiter im eigenen Unternehmen einsetzen zu können - allerdings nur bei gleicher Bezahlung.

Die IG Metall erwartet, dass es mittelfristig bis zu 2,5 Millionen Leiharbeiter in Deutschland geben könnte. Das wären ungefähr neun Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Heuern und Feuern ist die Devise.

Für die Konzerne erweitert die Regierung Merkel die Chance, die seit Beginn der Krise 2008 abgebauten sog. Normalarbeitsverhältnisse überwiegend durch prekäre befristete Billigjobs, zu einem großen Teil durch Leiharbeit, - nach dem Prinzip Heuern und Feuern - zu ersetzen und so zur Sicherung der Rendite die Personalkosten zu senken. (Allein zwischen Oktober 2008 und September 2009 wurden rund 433.000 Leiharbeitskräfte arbeitslos. „In keiner anderen Branche ist das Risiko größer, arbeitslos zu werden“, DGB)

Die IG Metall warnt, dass der Gesetzentwurf „Tür und Tor für den ungebremsten Abbau von Stammarbeitsplätzen“ öffnet.“ Der Ausdehnung des Niedriglohnssektors werde weiter Vorschub geleistet. Die Gesetzgebung lädt geradezu dazu ein, „Teile der Belegschaft auszugliedern und als LeiharbeiterInnen wieder direkt einzusetzen“.

Mit diesem Gesetzentwurf, der wie schon Hartz IV die Aushöhlung des Flächentarifvertragssystems beschleunigt, und für die von Arbeitslosigkeit betroffenen ArbeitnehmerInnen weitere drastische Verschlechterungen bringt, schafft die Regierung ein zusätzliches Instrument zur

Zerstörung fester sog. Normalarbeitsverhältnisse, verbunden mit einem neuen Schub für die Ausweitung von Armutslöhnen. Leiharbeit in jeglicher Form muss verboten werden, kommentiert die IG BAU. „Während wir vor dem Werkstor für höhere Stundenlöhne streiken, die im Moment bis zu 44% unter Tarif sind, wird im Werk mit Streikbrechern einer Zeitarbeitsfirma weitergearbeitet (...) Sie erhalten noch schlechtere Löhne als wir. (...) Unser Chef nutzt den Streik und versucht, durch Zeitarbeit die Stammebelegschaft abzubauen und dafür perspektivisch eine flexible Zeit- und Leiharbeitsgruppe auf dem Hof zu haben. So sieht es aus: Leiharbeiter werden als flexible Lohnsklaven missbraucht (...)“ Und wenn sich durch das Arbeitsamt in die Leiharbeitsfirma vermittelte Arbeitnehmer weigern, „durch ihre Arbeit den Streik zu brechen, dann gibt es anschließend eine Sperre beim Arbeitsamt“, schreibt die Kollegin Schildmann im Grundstein, Zeitung der IG BAU, Juli/August 2010.

Die Antireformen der Regierung Merkel müssen sofort gestoppt werden.

Für jeden Arbeitnehmer muss es, angesichts dieses erneuten arbeitnehmerfeindlichen „Reform“vorhabens der Regierung, wie Hohn in den Ohren klingen, wenn Elke Ferner, Vizefraktionsvorsitzende der SPD, am Beispiel der Gesundheitsreform erklärt: „Wir werden 2013 diesen Murks – alles – wieder rückgängig machen.“

2013? D.h. der Regierung Merkel bis 2013 freie Bahn zu geben für eine Antireformmaßnahme nach der nächsten, für einen Schlag nach dem nächsten gegen die sozialen, demokratischen Arbeitnehmerrechte und -errungenschaften.

Das kann kein Arbeitnehmer akzeptieren.

Doch wie kann diese Regierung gestoppt werden?

In den Gewerkschaften wächst der Unmut der Mitglieder über die von den DGB-Gewerkschaften initiierte Mobilisierung zu Protestaktionen, die „nur protestierend“ bleibt, „sich aber praktisch nicht das Ziel setzt, ernsthafte Ergebnisse zu erkämpfen“ und daher „wirkungslos bleibt“, wie ver.di KollegInnen aus Berlin in einem Offenen Brief an die Landesverbände des DGB und von ver.di anmahnen.

In einem früheren Diskussionspapier von ver.di-Kollegen heißt es: „Es kann

nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein, der Regierung zu helfen, durch einzelne Korrekturen deren Verarmungsprogramm als „sozialverträglicher“ und „sozial akzeptabler“ durchzusetzen.

Wir sind davon überzeugt, dass eine wirkliche gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung der gesamten Arbeitnehmerschaft auf der Grundlage dieser Forderungen die Pläne der Bundesregierung stoppen kann. Das heißt aber auch, dass die Gewerkschaften nicht in Aktivitäten von Attac, den Sozialbündnissen, der Zivilgesellschaft aufgelöst werden dürfen.“

Ebenso wenig können die KollegInnen es hinnehmen, dass die Gewerkschaftsführungen das Verbot von Kampfmaßnahmen/Streik gegen Regierungsentscheidungen akzeptieren, das auf einer verfassungswidrigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts aus den 50er Jahren beruht, und das den demokratischen Platz und Auftrag der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und des gewerkschaftlich organisierten Kampfes willkürlich einschränkt. Damit muss Schluss sein!

Es gibt nur den einen Weg die Regierung Merkel zurückzuschlagen: die DGB-Gewerkschaften müssen das Recht auf gewerkschaftlich organisierten Kampf und Streik gegen Regierungsmaßnahmen und -entscheidungen, die die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen (GG, Art.9, Abs.3) der ArbeitnehmerInnen betreffen, einfordern und wahrnehmen.

80 % der Bevölkerung, die Arbeitnehmermehrheit lehnen die Antireformen der Regierung Merkel ab.

Das ist ein unmissverständlicher Auftrag an die Gewerkschaftsführung zur gewerkschaftlich organisierten Mobilisierung/Kampf, konzentriert auf die klaren Forderungen:

„Weg mit dem Sparpaket, mit der Rente mit 67 und der Kopfpauschale/Gesundheitsreform“.

Das aber wirft auch die Frage auf nach einer zentralisierten Bündelung aller Kampfaktionen, um die Regierung wirksam zu stoppen: „Es ist dringend notwendig, alle Betroffenen gemeinsam nach Berlin zu mobilisieren“, wenn die Reformen im Bundestag verabschiedet werden, fordern KollegInnen aus dem Gesundheitswesen in NRW.

Carla Boulboulé